



Band 8. Die Besatzungszeit und die Entstehung zweier Staaten 1945-1961
OMGUS-Umfragen: Einstellung der Deutschen zur Vergesellschaftung der Industrie
(November 1947)

Die wichtigsten alliierten Abkommen über das Deutschland der Nachkriegszeit forderten die Verstaatlichungen der Wirtschaft, vor allem in der Schwerindustrie, um ökonomische Machtballung und eine Wiederaufrüstung Deutschlands zu verhindern. Auch die im Sommer 1945 gegründeten großen deutschen Parteien sprachen sich zunächst alle für eine Sozialisierung aus. Die Umfrage vom November 1947 in der amerikanischen Zone zeigt, dass die Bevölkerung auch solchen Plänen skeptisch gegenüberstand. Nur rund die Hälfte der Befragten war der Meinung, dass die deutsche Industrie wesentlich mitverantwortlich für den Zweiten Weltkrieg gewesen sei.

Einstellung der Deutschen zur Vergesellschaftung der Industrie

Befragte: eine unspezifische Zahl von Befragten in der amerikanischen Zone und in West-Berlin.

Untersuchungszeitraum: November 1947 (8 Seiten).

Die Erhebung hatte zum Ziel, die Einstellung der Menschen zur Vergesellschaftung oder Verstaatlichung der Industrie zu erfassen.

Vier von zehn Befragten in der amerikanischen Zone (41%) und 50 Prozent der West-Berliner glaubten nicht, dass eine Verstaatlichung der Industrieproduktion den Arbeitern etwas bringen würde; nur 30 Prozent in der Amerikanischen Zone und 36 Prozent in West-Berlin meinten, es würde ihnen dann besser gehen. Für die Vergesellschaftung der Schwerindustrie gab es mehr Unterstützung (49 Prozent in der Amerikanischen Zone, 57 in West-Berlin).

Danach befragt, ob die Verantwortung der deutschen Industriellen für den Zweiten Weltkrieg sehr groß, groß oder gering sei, hielten 51 Prozent der AMZON-Bewohner sie für sehr groß oder groß. Zwei Drittel der Menschen, die meinten, den Arbeitern würde es in vergesellschafteten Betrieben besser gehen, ebenso wie zwei Drittel jener, die eine Vergesellschaftung teilweise oder vollkommen befürworteten, hielten die Industriellen für sehr schuldig.

Kein Sektor der Bevölkerung und keine geografische Gruppe sprach sich in signifikanter Zahl für die totale Verstaatlichung der Industrieproduktion aus. Unter jenen, die die Vergesellschaftlichung der Schwerindustrie eher befürworteten, waren SPD-Anhänger, unabhängige Geschäftsleute, Amtsträger, Facharbeiter und Personen aus der Mittelschicht. Die Gegner einer jeglichen Vergesellschaftung waren überwiegend unter den Sympathisanten der LDP/DVP, unter Angehörigen der sozioökonomischen Oberschicht, und unter Hochgebildeten zu finden.

Quelle: A. J. und R. L. Merritt, *Public Opinion in Occupied Germany, The OMGUS Surveys*. Urbana, IL, 1970, S. 197.

Übersetzung aus dem Englischen ins Deutsche: Erica Fisher